

Verantwortungsvolle Landpolitik in Uganda



Ausgangssituation

Mit durchschnittlich 213 Einwohnern pro Quadratkilometer ist die Bevölkerungsdichte in Uganda im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern sehr hoch. Uganda hat mit über 3,3 Prozent ein sehr hohes Bevölkerungswachstum. Erbschaftsregelungen führen dazu, dass Landflächen aufgeteilt und zunehmend kleiner werden. Konflikte um Land nehmen in der Folge deutlich zu. Verschärft wird der Druck auf Land durch mehr als 1,4 Millionen Flüchtlinge (Stand März 2020) aus den benachbarten Ländern sowie durch großflächige Landverpachtungen an nationale und internationale Agrarinvestoren.

Vor diesem Hintergrund der wachsenden Konkurrenz um Land werden faire und sichere Landrechte immer wichtiger. Uganda hat durch eine progressive Verfassung und Landpolitik gute Voraussetzungen für eine Reform des Bodenrechts geschaffen. An dieser Stelle knüpft das Globalvorhaben an, um gemeinsam mit lokalen Institutionen die Vergabe von Nutzungs- und Besitzzertifikaten für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern voranzubringen. Auf diese Weise wird der Weg zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie Ernährungssicherung im ländlichen Raum erleichtert.

Aktivitäten in Uganda

Das Vorhaben ist in drei Handlungsfeldern aktiv:

- Im Handlungsfeld 1 werden die institutionellen Rahmenbedingungen und Verfahren zur Sicherung von Landrechten verbessert. Hierbei findet eine systematische Landinventur statt, welche die Grundlage für die angestrebten Landbesitz- oder Landnutzungszertifikate bildet.
- Im Rahmen des Handlungsfeldes 2 wird die Zivilgesellschaft gestärkt, um sich für eine verantwortungsvolle Landpolitik gegenüber der Regierung und Agrarinvestoren einsetzen zu können. Sie spielt außerdem eine zentrale Rolle bei der Aufklärung der Bevölkerung sowie als Umsetzungspartner des Projektes.

- Das dritte Handlungsfeld zielt darauf ab, Agrarinvestoren für verantwortungsvolle Landpolitik zu sensibilisieren. Hierbei wird Beratungsarbeit geleistet, um Investoren mit internationalen Standards wie z.B. den „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Regulierung von Boden- und Landnutzungsrechten“ (VGGT) zum verantwortungsvollen Umgang mit Land vertraut zu machen.

Unser Ziel

Der Zugang zu Land als zentrale Voraussetzung für Armuts- und Hungerbekämpfung im ländlichen Raum hat sich für bestimmte Bevölkerungsgruppen, insbesondere für Frauen und marginalisierte Gruppen, in Zentral-, Nord- und Ostuganda verbessert.



Region

Zentraluganda (Distrikte Mubende, Kassanda und Mityana), Nordwestuganda (Distrikt Arua), Norduganda (Distrikte Dokolo und Amolatar) und Ostuganda (Distrikte Katakwi und Soroti)

Laufzeit

Mai 2016 bis Oktober 2021 (Ostuganda)

Januar 2017 bis Juni 2021 (Zentraluganda)

Januar 2017 bis Juni 2024 (Nordwestuganda und Norduganda)

Budget

18,95 Millionen Euro, davon 6,35 Millionen Euro Kombifinanzierung der Europäischen Union

Implementierungspartner

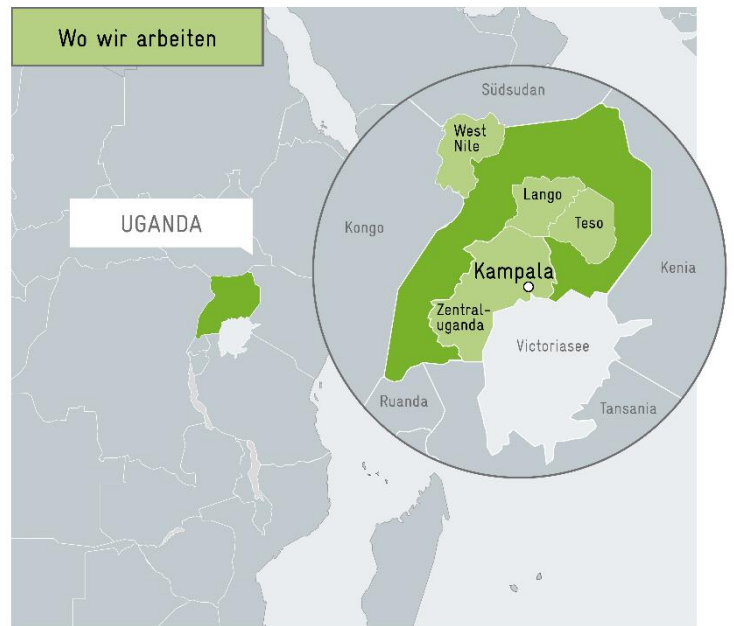
Diverse Nichtregierungsorganisationen, Forschung (z.B. Makerere Universität, World Bank Research Group), Privatwirtschaft sowie andere internationale Organisationen und Projekte der GIZ

Politischer Träger

Ugandisches Ministerium für Land, Wohnraum und städtische Entwicklung (*Ministry of Lands, Housing and Urban Development*)

Zielgruppe

Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in acht Distrikten (drei in Zentral-, eines in Nordwest-, zwei in Nord- und zwei in Ostuganda)



Beispiel aus der Praxis

Weniger als 10 Prozent aller Landparzellen in Uganda sind formal registriert. Insbesondere die ländliche Bevölkerung verfügt meist über keinerlei Dokumente zur Absicherung ihrer Rechte. Traditionelle Landrechte können oftmals nur über Bezeugungen von Nachbarinnen und Nachbarn, Dorfältesten oder dem Klan geltend gemacht werden. Die Ausstellung von Landtiteln oder Landzertifikaten ist teuer und aufwendig und für den Großteil der ländlichen Bevölkerung schlichtweg unerschwinglich.

Das Vorhaben Verantwortungsvolle Landpolitik in Uganda setzt hier an, um die Landrechte der ländlichen Bevölkerung auf systematische Art und Weise zu dokumentieren. In einem ersten Schritt klärt das Vorhaben die Zielbevölkerung über ihre Rechte und Möglichkeiten auf, ihre Landrechte dauerhaft zu schützen. Ein besonderes Augenmerk liegt hier auf Frauenrechten, denn Landrechte werden oft nur an die männlichen Nachkommen der Familie vererbt. In einem zweiten Schritt werden auf Dorfebene systematische Landinventuren erstellt. Hierbei werden die einzelnen Grundstücke digital vermessen und die notwendigen Informationen über die Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Nutzerinnen und Nutzer gesammelt.



Abbildung: Erstellung eines Katasterplans in Uganda

Nachbarinnen und Nachbarn, Klans sowie der Landparzelle selbst beinhalten. Besonders die dokumentierten Bezeugungen der Nachbarn und Klans spielen eine entscheidende Rolle, um zukünftige Landkonflikte zu vermeiden. Die Landinventurprotokolle (LIP) stellen einen angepassten und pragmatischen Mindeststandard zur Landsicherung dar. Aufgrund der systematischen Herangehensweise können Aufwand und Kosten niedrig gehalten werden. Außerdem dienen LIP als Sicherheit bei der Beantragung von Kleinkrediten. Damit verbessert sich für die Besitzer von LIP nicht nur die Landrechtssituation, sondern auch der Zugang zu Krediten, um in das vorhandene Land zu investieren. So kann der gesamten Familie eine bessere Zukunft ermöglicht werden.

Impressum

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft: Bonn und Eschborn

Abteilung Ländliche Entwicklung und Agrarwirtschaft G500
Friedrich-Ebert-Allee 36+40
53113 Bonn

Kontakt

Thorsten Huber
Thorsten.Huber@giz.de
T +49 (0) 228 44 60 - 3824
F +49 (0) 228 44 60 - 1766
www.giz.de

Fotonachweise

GIZ/ Daniel Kirumira
Die GIZ ist für den Inhalt der
vorliegenden Publikation verantwortlich.

Im Auftrag des BMZ

April 2020